

Debatte um laute Züge

Grüne sehen SPD-Vorstoß skeptisch

Bremerhaven (fmi). Die Bewohner Bremerhavens sollen besser vor Schienenlärm geschützt werden. Dieses Ansinnen hat sich die SPD auf die Fahne geschrieben. Beim Unterbezirks-Parteitag haben die Delegierten daher beschlossen, in die klamme Stadtkasse zu greifen. Der Magistrat wurde beauftragt, ein kommunales Lärmschutzprogramm aufzulegen. 200 000 Euro soll das in diesem Jahr kosten, danach 600 000 Euro jährlich. Der grüne Koalitionspartner ist skeptisch.

„Der Hafen zieht wieder an“, sagte Wirtschaftssenator Martin Günthner, der auch Vorsitzender des SPD-Unterbezirks ist. Damit steigt aber auch die Belastung der Anwohner durch den Schienenverkehr. 45 Prozent der Güter, die den Hafen verlassen, werden pro Jahr mit dem Zug transportiert, 1,035 Millionen Standardeinheiten (TEU). Im Schnitt sind das 87 Züge am Tag, viele davon auch in Abend- und Nachtstunden. Das hängt mit den sogenannten Slots zusammen – Zeitfenster, in denen Bahnunternehmen ihre Transporte in und aus dem Hafen anmelden müssen. „Diese Zeitfenster lassen sich nicht immer nach der Tageszeit schaffen“, betonte die Hafengesellschaft Bremenports.

Deshalb müssten die Züge leiser werden, findet die SPD: „Lärmschutzwände sind keine Lösung“, sagte der Bundestagsabgeordnete Uwe Beckmeyer. Vielmehr seien Tempolimits und moderne Ausstattung nötig. Das sind zum Beispiel sogenannte Flüsterbremsen, die nicht mehr so laut quietschen wie die Anlagen an alten Zügen, die immer noch in Betrieb sind.

Nach SPD-Ansicht haben die Deutsche Bahn AG und andere Betreiber in der Vergangenheit zu wenig unternommen, sodass es jetzt Zeit sei für weitere Schritte. Zu lange habe man sich nicht ausreichend um dieses Thema gekümmert, kritisierte Martin Günthner.

Wie genau die Zusatzausgaben finanziert werden sollen, ist aber noch offen. Im Haushalt 2012/2013 sind die Mittel nicht eingestellt. Der grüne Fraktionschef Claudius Kaminiarz verweist auf die Haushaltsnotlage der Stadt; die Pläne der Sozialdemokraten sieht er skeptisch. Gleichwohl sei es richtig, dass etwas gegen die Lautstärke unternommen werden müsse, räumt er ein.

Ziel der SPD ist es, den Schienenlärm zu halbieren. Wie hoch der genau ist, sollen unabhängige Messungen ergeben. Auf Basis dieser Daten muss laut SPD-Beschluss geprüft werden, welche Maßnahmen im gesetzten Finanzrahmen überhaupt möglich sind.